

Clement sucht Mittel gegen Billigkräfte

nf. BERLIN, 21. Februar. Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) will den Mißbrauch der Dienstleistungsfreiheit durch osteuropäische Billigkräfte bekämpfen. Man habe das „Problem erkannt“, versicherte eine Ministeriumssprecherin am Montag in Berlin. Die Prüfung, mit welchen konkreten Maßnahmen eine bewußte Umgehung der gesetzlichen Vorschriften verhindert werden könne, dauere aber noch an. Die Sprecherin betonte, daß ausländische Betriebe ihre Dienstleistungen hierzulande nur in bestimmten Fällen nach den Konditionen ihres Herkunftslandes erbringen dürften: So müsse es sich um einen um eine vorübergehende Tätigkeit handeln; zum anderen müsse der Betrieb seinen Sitz im Herkunftsland haben und dort auch wirtschaftlich verankert (also keine reine Briefkastenfirma) sein. Für die Durchsetzung der Bestimmungen seien allerdings eine Vielzahl von Behörden zuständig. So müsse beispielsweise der Zoll vor Ort überprüfen, ob im Einzelfall die arbeitsrechtlichen Vorschriften eingehalten werden. Stelle der Zoll fest, daß es sich nur um Schein-Dienstleistungen handle, seien die Tätigkeiten illegal, falls die Betroffenen keine Arbeitserlaubnis besitzen. Die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen – beispielsweise des Arbeitszeitgesetzes – wiederum sei Aufgabe der Länderbehörden.

Grüne testen maschinelle Mülltrennung

mmue. BERLIN, 21. Februar. Die nordrhein-westfälische Umweltministerin Bärbel Höhn (Grüne) hat am Montag in Berlin einen Großversuch angekündigt, in dem die in einer Tonne gesammelten Restabfälle und Leichtverpackungen mit Hilfe von Maschinen sortiert werden sollen. Entsprechende Versuche etwa der RWE-Umwelt AG haben überraschende Ergebnisse ergeben: Aus dem Mischmüll konnten siebenmal mehr Abfälle herausgeholt werden, die sich für ein werkstoffliches Recycling oder für die Energiegewinnung eignen, als mit dem heute üblichen getrennten Erfassen (F.A.Z. vom 4. Januar). Voraussetzung für diesen Großversuch, der über einen Zeitraum von 18 Monaten in fünf Kreisen in Nordrhein-Westfalen durchgeführt werden soll, ist nach den Worten von Höhn, daß Bioabfälle, Papier und Glas weiterhin getrennt gesammelt werden müßten. Leichtverpackungen (gelbe Tonne) und Restabfälle (graue Tonne) würden dann zusammengekippt, um anschließend maschinell getrennt zu werden. Mit diesem Großversuch sollten die ökonomischen und ökologischen Folgen einer gemeinsamen Erfassung der gelben und grauen Tonne getestet werden. Ein entsprechender Antrag der FDP, Verpackungsabfälle und Restmüll künftig in einer Tonne zu sammeln, ist am vergangenen Freitag im Bundestag von der rot-grünen Koalition und der Union abgelehnt worden. Die umweltpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, Birgit Homburger, begrüßte den angekündigten Großversuch. „Bärbel Höhn hat im Gegensatz zu Jürgen Trittin den technischen Fortschritt zur Kenntnis genommen und will die Konsequenzen diskutieren.“

Kurze Meldungen

Gegen Sammelklagen

Der amerikanische Präsident George Bush hat ein Gesetz zur Einschränkung von Sammelklagen gegen Unternehmen unterzeichnet. Künftig werden solche Klagen von einem Streitwert von 5 Millionen Dollar an vor einem Bundesgericht verhandelt. Gerichte der Bundesstaaten sind nur noch zuständig, wenn sowohl der Beklagte als auch mindestens ein Drittel der Kläger ihren Sitz dort haben. Damit soll die gängige Praxis eingedämmt werden, daß Sammelklagen unabhängig von diesen Faktoren vor allem bei Gerichten eingereicht werden, die den Schadensersatz großzügig bemessen. (ctg.)

Erst die Gebühren

Im Streit um die Zulassungsvoraussetzungen für Kraftfahrzeuge und Fahrschulen hat der Bundesrat die von Rot-Grün beschlossene Änderung des Straßenverkehrsgesetzes vorerst erteilt und den Vermittlungsausschuß angerufen. Die Länder wollen Fahrzeuge nur noch zulassen, wenn zuvor alle anfallenden sowie ausstehenden Gebühren entrichtet wurden. Sie klagen über hohe Gebührenrückstände der Fahrzeughalter. Die Länder wenden sich überdies dagegen, daß der Betrieb einer Ausbildungsfahrerlaubnis möglich sein soll ohne den Nachweis, daß seit drei Jahren eine Fahrerlaubnis vorliegt. (enn.)

Für den ländlichen Raum

Der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Bauernverband haben die Politik aufgefördert, die Verhandlungen über eine Föderalismusreform in Deutschland rasch wieder aufzunehmen. Dabei müsse auch eine Stärkung des ländlichen Raums berücksichtigt werden, verlangten der Bauernpräsident Gerd Sonnleitner und sein Kollege vom Landkreistag, Jörg Duppre, nach einem Gespräch in Bonn. Der ländliche Raum sei das Rückgrat der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. „Die ländlichen Regionen, in denen es in der Landwirtschaft richtig brummt, gehören gewiß nicht zu den wirtschaftlichen Problemgebieten“, erklärten Sonnleitner und Duppre. Immerhin 11 Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland seien in der Agrar- und Ernährungsbranche beschäftigt. Allerdings ist der Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt weit geringer. (cag.)

„Die Roastbeefs haben die Frösche abgehängt“

Französische Manager in Großbritannien klagen über schlechte Standortbedingungen in ihrer Heimat / Arbeitsmärkte im Vergleich

chs. PARIS, 21. Februar. Sie sind Unternehmenschefs, Partner von Kanzleien, Manager in internationalen Konzernen. Gemeinsam ist den vierzehn Männern und Frauen die französische Staatsangehörigkeit und ihre Wahlheimat Großbritannien. Doch weil sie die Misere in ihrer ursprünglichen Heimat Frankreich nicht mehr länger mit ansehen wollten, haben sie sich Gedanken gemacht, „wie Frankreich sich von Großbritannien inspirieren lassen kann, um die Schlacht um die Beschäftigung und die Attraktivität zu gewinnen“. Das Ergebnis ist nachzulesen in einer Studie mit genau diesem Untertitel, erstellt in Zusammenarbeit mit dem Institut d'Etudes Politiques (Sciences Po) in Paris.

Es beginnt mit der nüchternen Feststellung, daß die Briten die Franzosen überholt haben: Vor zwanzig Jahren noch lag Frankreich bei der Arbeitslosigkeit und beim Bruttoinlandsprodukt je Kopf klar vorne. Doch schon in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre erreichten die Briten das Niveau Frankreichs, und heute erwirtschaftet jeder Brite auf der Basis eines Kaufkraftparitätenvergleichs je Kopf ein um 6 Prozent höheres Bruttoinlandsprodukt (BIP) als die Franzosen. Die Ursache ist schnell auffindig gemacht: Die Arbeitslosenquote in Großbritannien ist halb so hoch. Die Briten lassen einen größeren Teil ihrer Bevölkerung arbeiten, einschließlich der Frauen. Der britischen Beschäftigungsquote von 72 Prozent stehen 62 Prozent in Frankreich gegenüber. Auf der Insel gibt es keine 35-Stunden-Woche und weder eine annähernd so hohe Jugendarbeitslosigkeit noch eine ähnliche Beschäftigungslosigkeit von Menschen über Fünfundfünfzig wie in Frankreich. Weil mehr Briten arbeiten, tragen mehr von ihnen zum BIP bei. Damit sind die Briten je Kopf auch „reicher“ in dem Sinne, daß sie „mehr kaufen können“, wie der Vergleich der Wirtschaftskraft auf Basis der Kaufkraftparitäten zeigt. Der Produktivitätsvorsprung je gearbeiteter Stunde in Frankreich kann den Unterschied nicht ausgleichen. „Wachstum entsteht aus Arbeit, nicht umgekehrt“, sagt Arnaud Vaisié, Chief Executive Officer von International SOS, einem privaten Rettungsdienst. Als ein großes Attraktivitätsplus bezeich-

nen die Franzosen das lockerere Kündigungsrecht in Großbritannien. Weil die Unternehmen sich leichter von Beschäftigten trennen könnten, würden sie auch mehr einstellen. In Frankreich dagegen sind Entlassungen teuer. Eine Beispielsrechnung: Für einen Mitarbeiter, dem ein Unternehmen kündigt, weil seine Leistung unzureichend ist, muß ein Arbeitgeber in Frankreich mit einer Abfindung von sechs bis sieben Monatsgehältern rechnen, in Großbritannien jedoch nur mit drei Gehältern. Bei einem 51 Jahre alten Angestellten mit sieben Jahren Betriebszugehörigkeit kann der Unterschied in der Abfindung zwischen knapp

de seit Einführung der 35-Stunden-Woche für den Arbeitgeber teuer machen kann.

Auf Entlassungen folgen in Frankreich häufig langwierige Auseinandersetzungen: Ein Arbeitsgericht wird angerufen, was im Durchschnitt ein zehnmönatiges Verfahren in Gang setzt. In Großbritannien dagegen sind 85 Prozent der Prozesse nach vier Monaten beendet. In einem Drittel der Fälle geht man in Frankreich in die Berufung, im Vereinigten Königreich dagegen sind es nur 5 Prozent. In Frankreich „kann die lange Prozedur eine Obsession für den Beschäftigten werden, und dieses Trauma ist eine Bremse für den Wechsel in eine neue Be-

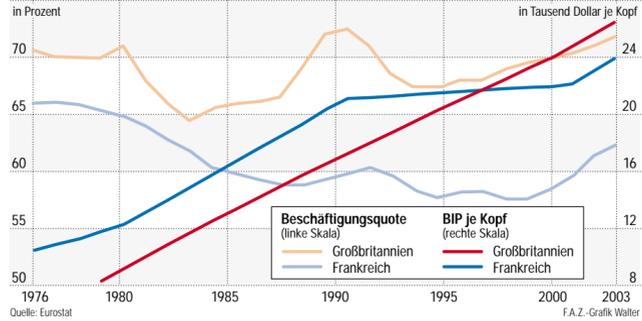
die Anreize im Vereinigten Königreich höher, weil bestimmte Staatszuschüsse nach der Arbeitsaufnahme weitergezahlt würden. In Frankreich dagegen lohne sich die Stellensuche häufig nicht, denn die Arbeitslosigkeit werde gut abgedeckt. Frankreich bezahlt seinen Arbeitslosen im Jahr rund 22 Milliarden Euro, die Briten dagegen zahlen nur gut 6 Milliarden Euro.

Zudem würden nur dann Arbeitsplätze geschaffen, wenn der Staat Gewinne und Vermögen entstehen lasse, heißt es – und das sei ein weiterer Schwachpunkt in Frankreich. Bestes Beispiel sei die Vermögenssteuer, an der Frankreich im Gegensatz zu etlichen anderen Ländern der Europäischen Union trotz geringer Steuereinnahmen festhält. Nicht nur sei der Deckel beim zu versteuernden Einkommen höher als anderswo, auch die Progression sei schärfer, und sogar das selbst bewohnte Haus werde noch besteuert. Dies führe jährlich zur Flucht von Steuerpflichtigen und zu einem schlechten Image im Ausland, klagen die Franzosen. Der Körperschaftsteuersatz sei zwar von 50 auf 33 Prozent des steuerpflichtigen Gewinns gesenkt worden, doch noch immer erreichten Steuern und Sozialabgaben in Frankreich insgesamt 45 Prozent des BIP – gegenüber 36 Prozent in Großbritannien. Für die Besteuerung gelte ein Unternehmen schon von 7,6 Millionen Euro Umsatz an nicht mehr als Mittelständler, was die Belastung erhöhe. Die EU empföhle als Abgrenzung 40 Millionen Euro.

Die Autoren der Studie fordern von Frankreich nicht, das Steuerniveau von Großbritannien zu übernehmen: Die Franzosen hätten eine höhere Steuertoleranz. Auch könnten sie auf einen Großteil ihres Gesundheits- und Sozialsystems sowie ihrer Infrastruktur stolz sein. Doch in Anbetracht des hohen Preises der Umverteilung sei das Ergebnis häufig mangelhaft: Fast 1,2 Millionen Franzosen etwa bezögen Sozialhilfe, soviel wie nie. Nicht das angelsächsische Modell erzeuge Unsicherheit, sondern das kontinentaleuropäische Sozialsystem, das den modernen Herausforderungen nicht mehr gewachsen sei. Um dies zu ändern, sind die französischen Manager an die Öffentlichkeit getreten. Schließlich sei „der Frosch eigentlich geschickter als das Roastbeef“, meinen sie in Hoffnung auf eine Aufholjagd der Franzosen.

Franzosen hinken hinterher

Beschäftigungsquote und Bruttoinlandsprodukt je Kopf in Frankreich und Großbritannien



34 840 Euro in Frankreich und 15 600 in Großbritannien liegen. Bei Entlassungen infolge von wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Unternehmens ist die Differenz ebenfalls groß: Für einen 35 Jahre alten Mitarbeiter mit sechs Jahren Betriebszugehörigkeit und einem Bruttogehalt von 5200 Euro muß man in Frankreich mit 6240 Euro je Mitarbeiter rechnen, in Großbritannien dagegen nur mit 2400 Euro. Ein häufiger Grund dafür liegt darin, daß in Großbritannien für die Berechnung der Abfindungen Obergrenzen gezogen sind. In Frankreich dagegen kann ein Beschäftigter nachträglich häufig auch noch unbezahlte Überstunden zurückfordern, was die Rechnung gera-

schäftigung“, stellen die französischen Manager fest.

Führt das angelsächsische Modell zu mehr Arbeitsplatzunsicherheit, wie es in Frankreich häufig heißt? Aus Sicht der Exilfranzosen aus Großbritannien ist das nicht der Fall. Die wahre Unsicherheit entstehe erst durch einen erstarren Arbeitsmarkt, der nicht für neue Stellen Sorge. Es gebe zwar mehr Teilzeitarbeit in Großbritannien, doch davon würden weniger auf unfreiwilliger Basis eingegangen, berichten die französischen Manager mit Verweis auf Angaben des europäischen Statistikamts Eurostat. Für den Wechsel aus der Arbeitslosigkeit in eine Beschäftigung seien auch

Wettbewerbsdruck treibt Reformen in Europa

Die EU sollte sich auf die Liberalisierung der Gütermärkte konzentrieren / Studie der Deutschen Bank

pwe. FRANKFURT, 21. Februar. Die Europäische Kommission dient dem Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union am besten, wenn sie sich auf die Liberalisierung der Gütermärkte konzentriert. Der Versuch dagegen, die nationalen Reformanstrengungen unter dem Dach der EU zu koordinieren, ist eine Sackgasse. Diese These vertritt Thomas Mayer, Chefvolkswirt für Europa der Deutschen Bank, in einer Studie über die Wachstumsschwäche in der EU.

Mayer wendet sich damit gegen Bestrebungen in der Diskussion über die Neuaufgabe der „Lissabon-Agenda“, mit einer Abstimmung der Wirtschaftspolitik in der EU die Strukturereformen voranzubringen. Dieser Ansatz ist seiner Meinung nach zum Scheitern verurteilt.

Die Regierungen hätten sich schon in den vergangenen Jahren als zu schwach erwiesen, geplante Reformen gegen den Widerstand der Interessengruppen durchzusetzen.

Entscheidend für ein höheres Wachstumspotential in Europa seien deshalb Änderungen des politischen Umfeldes, um einen nachhaltigen Reformdruck zu erzeugen. Das Hauptgewicht der Reformen sollte deshalb auf einer Liberalisierung des internationalen Handels und der Gütermärkte in Europa liegen.

Der zunehmende Druck zum Wandel werde die Regierungen zwingen, die notwendigen Reformen am Arbeitsmarkt, in den Sozialversicherungen und am Steuersystem anzugehen. Mayer fordert deshalb, die geplante Dienstleistungsrichtli-

che Konjunkturschwankungen werden, zeigt Mayer. Die Schwankungen der Wachstumsrate im Euro-Raum fielen nach seinen Berechnungen zwischen 1992 und 2004 fast doppelt so hoch aus wie in den freiheitlichen Volkswirtschaften der Vereinigten Staaten oder Großbritannien.

Schon in den neunziger Jahren ist der Wettbewerbsdruck von außen auf Europa spürbar gestiegen. Deutlich wird dies daran, daß der Anteil der europäischen Ausfuhr am Bruttoinlandsprodukt im Trend stark gewachsen ist. Die mit solch größerer Offenheit verbundene größere Konkurrenz ist nach Mayer der Hauptgrund, daß die Regierungen in Europa sich zu Steuersenkungen und anderen Reformen bequemen und daß die Tarifkartelle am Arbeitsmarkt ins Wanken geratenen.

Hariris Ermordung destabilisiert die libanesische Wirtschaft nicht

Golfaraber halten Investitionsentscheidungen aber zurück / Wenig Gefahr für die Währung



Der Tod von Rafik Hariri bringt die Wirtschaft nicht aus dem Gleichgewicht

Foto AFP

den gestoppt. Dazu gehört etwa ein großes Einkaufszentrum mit einem Investitionsvolumen von mehr als 100 Millionen Dollar. Gerade die Golfaraber hatten nach dem 11. September 2001 den Libanon als Anland für Immobilien und Anleihen entdeckt. Das war für das Investitionsklima psychologisch wichtig.

In seinen letzten Regierungsjahren von 2000 bis 2004 hatte Hariri versucht, Beirut zumindest einen Teil seiner regionalen Rolle zurückzugeben, die es als Banken- und Dienstleistungszentrum bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs 1975 hatte. Seither sind aber in Bahrain und Dubai moderne Ban-

kenzentren entstanden. Zudem sind die Golfaraber seit 1975 reisefreudig und sprachgewandt geworden, so daß sie nicht mehr auf libanesische Vermittler zurückgreifen müssen. Zwar steigt der Libanon in der Gunst der Investoren wieder. Ein Vielfaches an Kapital fließt aber nach Dubai.

Andererseits entdeckten immer mehr Golfaraber den Libanon als Tourismusziel. 2004 besuchten 1,2 Millionen Touristen das Land, in dem 3,5 Millionen Einwohner leben. Damit hat sich die Zahl der Touristen in den vergangenen Jahren vervierfacht. Den mit Abstand größten Teil der Touristen stellen die Golfaraber. Sie geben mehr

Geld als die europäischen Urlauber aus und werden häufig zu Investoren, meist von Wohnimmobilien.

Sollten die Mörder Hariris nicht gefunden werden, würde es indessen zu einer Neubewertung des Libanon bei den Golfarabern kommen, bei denen Hariri sehr angesehen war, prognostiziert Edward O'Sullivan, der Herausgeber der in Dubai erscheinenden Fachzeitschrift „Middle East Economic Digest“. Der Kapitalzufluß ist für den Ausgleich der Zahlungsbilanz aber entscheidend. 2004 hatte die Handelsbilanz mit einem Defizit von 6,6 Milliarden Dollar abgeschlossen.

Steuerbelastung kaum vergleichbar

mas. BERLIN, 21. Februar. Das Bundesfinanzministerium warnt vor einer Überbewertung der internationalen Besteuerungsvergleiche für Unternehmen. Zwar scheine sich die Position Deutschlands sowohl bei der nominalen als auch bei der effektiven steuerlichen Belastung von Unternehmen verschlechtert zu haben. Bei der Interpretation der Ergebnisse sei aber eine gewisse Vorsicht geboten, mahnte Finanzstaatssekretär Volker Halsch im Vorwort zum neuen Monatsbericht des Ministeriums. Er wies darauf hin, daß oft nur Kapitalgesellschaften betrachtet würden, doch seien in Deutschland etwa 83 Prozent der Unternehmen Personenerwerbende, deren Einkommensteuerbelastung meist geringer sei. Zudem vernachlässigten die Berechnungen meist die Möglichkeiten, Verluste steuermindernd in andere Perioden zu verlagern. Ferner würden bei den meisten internationalen Steuerbelastungsvergleichen ausschließlich die Belastungen des Faktors Kapital ermittelt. Unberücksichtigt blieben hingegen Lohnsummensteuern, die bei Nichtüberwälzung ebenfalls die Unternehmen belasteten. In den vergangenen zwei Wochen ist intensiv über die Notwendigkeit diskutiert worden, deutsche Unternehmen, die investieren und Arbeitsplätze erhalten, steuerlich zu entlasten, um Nachteile gegenüber ausländischen Standorten auszugleichen.

Führender Logistikstandort

B.K. DÜSSELDORF, 21. Februar. Deutschland gilt auf der Basis seines Fachwissens sowie der Dienstleister- und Dienstleistungsichte- als international führender Logistikstandort. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Fraunhofer-Instituts in Nürnberg. Die Logistikbranche biete daher großes Potential für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, hat Peter Klaus, Professor für Logistik an der Universität Erlangen-Nürnberg, bei der Erläuterung der Ergebnisse gesagt. Derzeit sind nach seinen Angaben rund 2,6 Millionen Menschen in Deutschland mit Logistikaufgaben befaßt, darunter etwas mehr als die Hälfte direkt in Logistikunternehmen, der Rest in Industrie-, Handels- und sonstigen Dienstleistungsunternehmen. Ein Ausbau von jährlich zwei bis vier Prozent wird seiner Meinung nach allein dadurch möglich, daß die Logistikbranche ergänzend zu ihren angestammten Aufgaben zunehmend nicht traditionell logistische Leistungen aus der Wertschöpfungskette übernimmt, so beispielsweise Vormontage- und Konfektionierarbeiten oder die spätere Kundenbetreuung. Mit großen Logistikkonzernen, Netzdienstleistern oder spezialisierten Mittelständlern sei die deutsche Logistikszene sowohl in der Breite, der Tiefe als auch in der Qualität international führend besetzt. Diese Häufung an einem Standort ziehe weitere Investitionen und Ansiedlungen nach. Allerdings sieht Klaus noch erheblichen Nachholbedarf bei der aktiven Vermarktung des Standortvorteils. Vom jährlichen Investitionsvolumen der Branche von rund 15 Milliarden Euro profitiere zudem eine breitgefächerte Logistik-Zulieferindustrie. Die Studie wurde von der Initiative „Invest in Germany“ im Rahmen der Mobilitätsinitiative der Bundesregierung in Auftrag gegeben.

Das war mehr als ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts. Dank eines Kapitalzuflusses von 7 Milliarden Dollar erzielte die Zahlungsbilanz aber einen Überschuß von 160 Millionen Dollar. Blicke ausländisches Kapital aus, drohte Gefahr für die Zahlungsbilanz, wird in Bankenkreisen befürchtet.

In den Banken herrscht Zuversicht, daß der Druck auf das libanesische Pfund abgefangen werden kann. Der sehr professionell geführten Zentralbank gelingt es seit mehr als zehn Jahren, den Preis für einen Dollar bei 1500 libanesischen Pfund zu halten. Nach der Ermordung Hariris kündigte sie an, diese Währungsrelation zu verteidigen. Der libanesische Ökonom Louis Hobeika nennt zwei Gründe dafür: Zum einen lauten mehr als 70 Prozent aller Einlagen bereits in ausländischen Währungen, so daß die Menge für eine Flucht aus dem Pfund gering sei. Zum anderen verfüge die Zentralbank ohne Gold über Devisenreserven von 9 Milliarden Dollar, so daß sie – bei einer Größe des Sozialprodukts von 18 Milliarden Dollar – den Druck abfangen kann.

Den Druck werden Zentralbank und Geschäftsbanken auch abfangen können, indem sie die Auflösung der langfristigen Anlagen ablehnen, sagt der Wirtschaftspraxisprofessor Ghazi Yussif, der einer der engsten wirtschaftspolitischen Berater Hariris war. Allerdings schließt Yussif nicht aus, daß es künftig für den Libanon teurer werden könnte, Anleihen aufzunehmen. Selbst unmittelbar nach Hariris Rücktritt hatte der Libanon Ende 2004 eine Euro-Anleihe für 900 Millionen Dollar aufgelegt, die mit 1,3 Milliarden Dollar überzeichnet wurde. Sie dient der Ablösung von Fälligkeiten im Jahr 2005. „Das hat gezeigt, daß das Finanzsystem funktioniert“, kommentieren ausländische Banker.

Kritisch äußert sich Yussif zur Fiskalpolitik der amtierenden Regierung von Ministerpräsident Omar Karami. Hariri hatte in einer langfristigen Finanzplanung 2007 einen ausgeglichenen Haushalt angestrebt. Karami aber habe für 2005 noch kein Budget vorgelegt und durch Neueinstellungen den Fehlbetrag des Haushalts 2004 von 27 auf 35 Prozent erhöht.